

„Sieg Russlands ist nicht in unserem Interesse“

Bulgariens Ministerpräsident Denkow über Munitionslieferungen seines Landes an Kiew

Herr Ministerpräsident, Ihre Regierung unterstützt die Ukraine mit umfangreichen Munitionslieferungen. Bulgariens Staatspräsident Rumen Radew ist allerdings dagegen. Er redet oft so, als seien ihm die Interessen des Kremls näher als die Bulgariens. Ist Bulgariens Präsident ein Mann des Westens oder Moskaus?

Es ist nicht statthaft für einen Regierungschef, spezifische Positionen des Staatspräsidenten zu kommentieren. Ich kann aber erklären, wie ich selbst die nationalen Interessen Bulgariens verstehe. Sie liegen darin, dass das Völkerrecht von allen akzeptiert werden muss und niemand mit Panzern und Streitkräften in ein Nachbarland einfallen darf. Für unsere Regierung ist es von höchster Bedeutung, die Ukraine dabei zu unterstützen, die Vorkriegsordnung wiederherzustellen. Diese Haltung haben wir durch die



Nikolaj Denkow

Lieferung von Rüstungsgütern und humanitärer Hilfe bekräftigt. Nicht nur Bulgariens Präsident, sondern auch einige unserer Oppositionsführer behaupten, der beste Weg zum Frieden bestehe darin, der Ukraine keine Waffen mehr zu liefern. Aber es ist offenkundig, dass Russland dann den Krieg gewinnen würde. Aus den Aussagen russischer Führer lässt sich schließen, dass der Kreml danach weitere Invasionen planen wird. Es ist leicht zu erkennen, welche großen Risiken sich daraus für Bulgarien ergeben würden. Ein Sieg Russlands in der Ukraine ist nicht im nationalen Interesse Bulgariens.

Bulgarien hat im Sommer 2023 zugesagt, der Ukraine 100 Schützenpanzer zu liefern. Die sind immer noch in Bulgarien. Warum dauert das so lange?

Zum Transport dieser Fahrzeuge war ein Parlamentsbeschluss nötig, der erst im Dezember gefasst werden konnte, da im Parlament einige Reformgesetze zur Änderung der Verfassung und der Korruptionsbekämpfung von höchster Priorität anstanden. Zudem ist die Überführung von 100 gepanzerten Fahrzeugen logistisch keine Trivialität. Ich kann aber sagen, dass die Fahrzeuge voraussichtlich innerhalb von 15 Tagen in der Ukraine sein werden.

Bulgariens Rüstungsindustrie ist ein wichtiger Lieferant der ukrainischen Armee. Kann die bulgarische Munitionsproduktion weiter gesteigert werden, oder arbeiten die Fabriken bereits an der Kapazitätsgrenze?

Bulgarien war eines der ersten Länder, die der Ukraine gleich zu Beginn des Krieges geholfen haben. Die Munitionslieferungen wurden nie unterbrochen und dauern an. Das wird von der Ukraine und unseren europäischen Partnern sehr geschätzt. Wir sind nach wie vor ein sehr wichtiger Munitionslieferant, arbeiten aber seit Monaten an unserer Kapazitätsgrenze. Unsere Fabriken sind zu 100 Prozent ausgelastet. Die Kapazität wurde in der kurzen Zeit, die wir hatten, so weit wie möglich erhöht. Es gibt jedoch immer noch Engpässe, die nicht nur Bulgarien, sondern ganz Europa betreffen. Beispielsweise gibt es Mangel an Pulvern, die zur Munitionsproduktion nötig sind. Dennoch ist Bulgarien bereit, die europäische Initiative zur Lieferung von militärischer Ausrüstung an die Ukraine weiterhin zu unterstützen.

Sind die Fabriken, in denen Munition für die Ukraine hergestellt wird, von russischen Anschlägen bedroht?

Wir achten auf mögliche russische Interventionen, die es in der Vergangenheit schon gab. Im Laufe der Jahre gab es mehrere Bombenanschläge, und einige standen im Zusammenhang mit russischen Agenten. Wir haben die Maßnahmen zur Sicherheit der Fabri-

ken deutlich erhöht. Ich bespreche regelmäßig mit unseren Geheimdiensten, was sonst noch getan werden kann. Heute scheint die Lage besser zu sein, aber wir müssen sehr vorsichtig bleiben.

Kommen wir zur Innenpolitik: Ihre Regierung will 2025 den Euro einführen. Bulgariens Staatsschulden sind niedrig, die Haushaltsdaten gut, doch Ihre Koalition könnte bald zerfallen, es droht politische Instabilität. Gefährdet das Ihr Ziel, den Euro einzuführen?

Es ist voreilig, von einem Zerfall der Regierung auszugehen. Wir befinden uns in harten Verhandlungen, aber wir teilen ähnliche Prioritäten, und die Mitgliedschaft Bulgariens in der Eurozone ist eine davon. Unsere Haushaltsdaten sind tatsächlich gut. Wir haben mit etwa 22 Prozent die zweitniedrigste Staatsschuldenquote aller Eurostaaten. Unser Haushaltsdefizit liegt seit mehr als zehn Jahren unter drei Prozent. Nur unsere Inflation ist noch etwas zu hoch, aber sie sinkt und ist jetzt schon die zweitniedrigste in Osteuropa. Alle Prognosen, auch die der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds, gehen davon aus, dass wir bei der Inflation bis zum Jahresende ebenfalls die Beitrittskriterien erfüllen.

Als die jetzige Koalition entstand, wurde vereinbart: Sie werden Regierungschef, die frühere EU-Kommissarin Marija Gabriel wird Außenministerin, nach neun Monaten findet eine Rotation statt. Die steht nun an. Wird Frau Gabriel also Regierungschefin, und Sie werden Außenminister?

Das ist eine Möglichkeit, die wir besprochen haben, weil es der einfachste Weg wäre, die Rotation auszuführen. Es gibt aber einigen Widerstand seitens der anderen Partei, die darauf beharrt, nach der Rotation nicht nur die Regierung zu führen, sondern auch das Außenministerium zu behalten. Das ist Teil der Verhandlungen.

Sie bestehen also nicht darauf, der nächste Außenminister Bulgariens zu werden?

In jeder Regierung haben zwei Mitglieder direkten Zugang zu ausländischen Partnern: der Regierungschef und der Außenminister. Beide Lager in der Regierung brauchen diesen direkten Zugang. Denn es ist wichtig, wer unseren Partnern – das sind die Mitgliedstaaten der EU, Großbritannien und die USA – die Vorgänge in Bulgarien erklärt. Es ist sinnvoll, hier über ein angemessenes Gleichgewicht nachzudenken.

Ist ein Kompromiss möglich?

Das hoffe ich, denn wir haben wichtige Aufgaben vor uns, die dadurch nicht beeinträchtigt werden sollten. Die beiden Teile dieser Regierung haben keine Meinungsverschiedenheiten bei der Einführung des Euros, dem Beitritt zur Schengenzone oder zur proeuropäischen Entwicklung des Landes. Wir haben in den vergangenen zwei Monaten aber eine Verzögerung bei unserer sehr wichtigen Agenda zur Bekämpfung der Korruption erleben müssen. Der erste Teil dieses Kampfes bestand in einer Änderung der Gesetzgebung, und das ist uns in den vergangenen acht Monaten sehr gut gelungen. Wir haben die Verfassung geändert und Antikorruptionsgesetze erlassen. Es gibt aber einen zweiten Schritt, der in den kommenden Monaten ansteht. Er besteht darin, die Institutionen, die für die Rechtsstaatlichkeit in Bulgarien von entscheidender Bedeutung sind, nach einer öffentlichen Anhörung und in einem regulären Verfahren mit geeigneten Personen zu besetzen, die Fachkompetenz und hohe Integrität in sich vereinen. Hier erleben wir Verzögerungen. Bei der Debatte über die Rotation im Kabinett, die in den kommenden Wochen stattfinden wird, geht es nicht um die Posten an sich. Das ist zweitrangig. Es geht um Garantien und Verfahren zur Besetzung von Schlüsselpositionen, die für die Demokratisierung Bulgariens entscheidend sind.

Die Fragen stellte **Michael Martens**.

3800 Häftlinge ausgebrochen

Regierung in Haiti verhängt Notstand

tjb. SÃO PAULO. Die haitianische Regierung hat am Sonntag den Notstand ausgerufen und eine Ausgangssperre verhängt. Das Notstandsdekret folgte auf eine dramatische Eskalation der Gewalt am Wochenende, die Teile der Hauptstadt Port-au-Prince lahmgelegt und zu Massenausbrüchen aus zwei Gefängnissen geführt hat. Schätzungen zufolge sollen dabei 3800 Häftlinge entkommen sein. Bereits in den Tagen zuvor war es zu heftigen Schießereien gekommen, nachdem der mächtige Bandenführer Jimmy Chérizier zur Vereinigung aller bewaffneten Banden aufgerufen und damit gedroht

hatte, den Polizeichef und Regierungsmitglieder zu entführen, um eine Rückkehr von Premierminister Ariel Henry nach Haiti zu verhindern. Henry war in der vergangenen Woche zu Gesprächen in Kenia. Dabei einigten sich die beiden Länder auf ein Abkommen über die Entsendung einer multinationalen Truppe unter der Führung Kenias, um die haitianischen Sicherheitskräfte bei der Bekämpfung der Bandengewalt zu unterstützen. Bandenführer Chérizier verfolgt nach eigenen Aussagen das Ziel, Henry zu stürzen, der sei der Ermordung von Präsident Jovenel Moïse im Jahr 2021 das Land regiert.

Braune Gegengesellschaft

Wie sie wurden, was sie wurden: Das Leben von Rechtsextremisten in der Bundesrepublik in der Zeit nach 1945. Einige wichtige Namen fehlen allerdings.

Im Widerspruch zu manchen Deutungen gab es nach dem 8. Mai 1945 keine Stunde null. Zwar hatten sich Gründer der Bundesrepublik wie Konrad Adenauer, Eugen Gerstenmaier und Kurt Schumacher vom Nationalsozialismus ferngehalten oder die Hitler-Diktatur gar aktiv bekämpft. Auch basierten bereits die Verfassungsordnung und die innen- und außenpolitischen Grundlinien der Bundesrepublik auf einem Anti-Hitler-Konsens. Doch agierten in öffentlichen Funktionen der jungen Republik auch auf Bundesebene zu nächst zahlreiche Figuren, die schon dem NS-Regime engagiert oder gar fanatisch gedient hatten. Gemäß Repräsentativumfragen bekannten sich auch viele Normalbürger nach dem Krieg erst allmählich zur rechtsstaatlichen Demokratie – aus innerer Überzeugung oder auch nur aus Opportunismus.

Immerhin lebte nach dem 8. Mai 1945 in Deutschland ein hoher Anteil langjähriger NSDAP-Anhänger mit ihren Familien, die in der Folgezeit nicht alle plötzlich zu Demokraten mutierten. Regierung und

Opposition konnten sich deshalb aber kein neues Volk suchen. Dafür war die Zahl der NS-Verstrickten damals zu hoch. Ein frühes Signal gegen manche Widerstände setzte die Bundesregierung unter Adenauer daher mit ihrer politisch und rein moralisch gebotenen Politik der sogenannten „Wiedergutmachung“ gegenüber Israel und dem Judentum. Darüber hinaus verbot das Bundesverfassungsgericht auf Antrag der Bundesregierung bereits 1952 die „Sozialistische Reichspartei“ (SRP) als Formation glühender und gläubiger Hitler-Anhänger.

Der von Gideon Botsch, Christoph Kopke und Karsten Wilke herausgegebene Band versammelt 24 kompakte Kapitel über Einzelpersonen aus dem heterogenen Spektrum des Rechtsextremismus nach dem Krieg. Zu den porträtierten Personen unterschiedlichen Alters gehören ehemalige NS-Funktionsträger, rechtsextremistische Ideologen, geistige Brandstifter, Führungsfiguren neonationalsozialistischer Netzwerke und parteipolitische Spitzenfunktionäre, die allesamt auf unterschiedliche Art in einer antidemokratischen Parallel- und Gegengesellschaft lebten. Durch ihren „akteursorientierten Ansatz“ wollen die Autoren des Sammelbandes, darunter ein hoher Anteil junger Zeithistoriker und Politikwissenschaftler, Dunkelfelder aufhellen. Tatsächlich gehören biographische Untersuchungen zu den Desideraten der Rechtsextremismus-Forschung. Offenbar meiden viele Experten bislang aus wenig rationalen Gründen eine nähere Befassung mit solchen Figuren. Gerade um Abgründe zu erforschen, ist es freilich wichtig, auch hinabzusteigen.

Daher zielt der Sammelband darauf, die familiäre, schulische, berufliche und politisch-ideologische Sozialisation von Rechtsextremisten stärker zu durchleuchten. Den Autoren geht es im Kern darum, typische Elemente in den Lebenswegen solcher nichtintegrierten Deutschen zu enttarnen, antidemokratische Verhaltensmuster zu entdecken und einschlägiges Handeln, darunter diverse Gewalttaten, zu erklären. Für ihre Porträts bedeutender



Gideon Botsch / Christoph Kopke / Karsten Wilke (Hrsg.): Rechtsextrem: Biografien nach 1945. De Gruyter Oldenbourg Verlag, Berlin 2023. 485 S., 69,95 €.

und weniger wichtiger Akteure des Segments haben die Autoren jeweils nicht nur Sekundärliteratur, sondern auch diverse Ego-Dokumente ausgewertet, wie zum Beispiel Tagebücher, Autobiographien, Verhörprotokolle und politische Bekenntnisschriften. Neben solchen Selbstgründen die Beiträge auch auf Fremdbildern, darunter Ausführungen von Zeitgenossen über die porträtierten Personen.

Zu den porträtierten Personen gehört Adolf von Thadden. Wie Hans-Gerd Jaschke in seinem Beitrag über den NPD-Mitgründer, späteren NPD-Vorsitzenden und Schriftleiter des NPD-Parteiorganen überzeugend darlegt, gehört von Thadden zu den wichtigsten Figuren im Rechtsextremismus nach dem Krieg. Frühzeitig hatte er dazu beigetragen, das zerstrittene und zersplitterte Spektrum

des damaligen Rechtsextremismus zu einem erheblichen Teil unter dem Dach der NPD zu sammeln. Später schaffte die NPD unter seiner Führung den Sprung in sieben Landtage, bis sie 1969 bei der Bundestagswahl mit einem Zweitstimmenanteil von 4,3% scheiterte. Die NPD-Erfolge basierten gerade auch auf von Thaddens strategischen Fähigkeiten und seinen eloquenten, oft eher gemäßigt wirkenden Auftritten in der Öffentlichkeit, die seine NS-Apologik, seinen Antisemitismus und seine engen Kontakte zu alten, notorischen Nationalsozialisten vernebelten.

Ein weiterer Beitrag widmet sich Jürgen Rieger, einem langjährigen Führer und Förderer der neonationalsozialistischen Szene in Deutschland. Noch stärker als andere Rechtsextremisten kennzeichneten Rieger ideologisch sowohl sein besonders ausgeprägter Antisemitismus und rabiatere Rassismus als auch seine pronationalsozialistische Einstellung und seine Christentumsfeindlichkeit – aus seiner sozialdarwinistischen Sicht schwäche Nächstenliebe ein Land. Vor allem für die neonationalsozialistische Szene agierte er unter anderem als Rechtsanwalt, Finanzier, Ideologe, Stratege und Organisator größerer Demonstrationen. Als zeitweiliger NPD-Spitzenfunktionär half der Hassprediger, die Partei stärker für Akteure der neonationalsozialistischen Szene zu öffnen.

Auch wenn die Autoren den biographischen Ansatz mit guten Gründen forciert nutzen, um rechtsextremistische Demokratiefreundlichkeit präziser zu erklären und stärker in Analysen der Gesamtgeschichte der Bundesrepublik einzubetten, fehlen unter den porträtierten Personen erstaunlicherweise politisch besonders relevante Figuren wie Otto Ernst Remer, Gerhard Frey, Franz Schönhuber und Udo Voigt. Dennoch liefert der Sammelband schon jetzt eine gute Grundlage für fortgesetzte Forschung. Das auch deshalb, weil die Autoren – im Vergleich zu anderen Autoren – die Sekundärliteratur über Rechtsextremismus in ihrer Breite und Tiefe stärker ausschöpfen, als das oft geschieht.

Rechtsextremismus in seinen verschiedenen Facetten forciert zu analysieren gehört tatsächlich zu den wichtigen Aufgaben der Zeit. Denn zunehmend beunruhigen und erschüttern unter anderem rechtsextremistisch motivierter Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus die Bundesrepublik – sowohl inner- als auch außerhalb vieler Parlamente. Vor allem ermordeten Rechtsextremisten beziehungsweise -terroristen seit 1990 zahlreiche Menschen. Gerade deswegen bleibt es bedeutsam, Rechtsextremismus und seine Ursachen zu untersuchen, aber sie auch kontinuierlich und konsequent auf demokratisch-rechtsstaatliche Art zu bekämpfen gemäß der Devise: „hinsehen und handeln statt wegsehen und warten; mit Worten und Wahlzetteln, notfalls mit Gesetz und Gefängnis“. Gerade die politische Mitte muss sich mehr für die Demokratie und gegen Extremismus engagieren. HARALD BERGSDORF



Dachorganisation: Unter der Fahne der NPD versammelten sich lange Zeit viele rechtsextremistische Strömungen.

Foto dpa

Aufbau Ost – Abbau West

Wie die Vereinigung Deutschlands im Bereich der außeruniversitären Wissenschaft vonstattenging

Viele ostdeutsche Wissenschaftler und Institutionen glauben bis heute, die deutsch-deutsche Vereinigung sei vor allem zu ihren Lasten gegangen. Das mag für einzelne Professoren stimmen, trifft aber ganz sicher aber nicht auf die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) zu, die in den Jahren 1990 bis 2002 eine unvorstellbare, in der Geschichte der MPG einzigartige Expansion im Osten vorantrieb, die mit einer beispiellosen Kürzung im Westen einherging. Zwischen 1991 und 1998 wurden allein 18 neue Max-Planck-Institute (MPI), ein großes Teilinstitut und eine Forschungsstelle beschlossen. Eine gezielte Übernahme von Wissenschaftlern aus den neuen Bundesländern in Leitungs- oder sonstige Positionen war zu keinem Zeitpunkt als offizielles Ziel der Vereinigungspolitik festgelegt. Einige westdeutsche Beteiligte wie der Historiker Jürgen Kocka setzte sich in seinem Konzept für den Forschungsschwerpunkt „Zeithistorische Studien“ dafür ein, andere nicht. An den neu gegründeten MPIs und MPG-Einrichtungen waren die Ostdeutschen unter Direktoren und Leitern in der absoluten Minderheit. Die massive Erweiterung der MPG in den neuen Bundesländern habe sich fast ohne ostdeutsche Wissenschaftler vollzogen. „Als Gegengewicht zu diesem betrüblichen Befund taugen die zwei ostdeutschen“ Wissenschaftler, die zu wissenschaftlichen Mitgliedern der MPG und Direktoren an MPIs in den alten Bundesländern ernannt wurden, kaum, stellt der emeritierte Professor für Geschichte der Neuzeit mit dem Schwerpunkt Wissenschaftsgeschichte Mitchell G. Ash fest.

Die Leiter der 28 Arbeitsgruppen der MPG an ostdeutschen Universitäten waren in der Regel Ostdeutsche. Darunter war auch der heutige Ehemann der früheren Bundeskanzlerin Merkel, Joachim

Sauer, der an der Humboldt Universität zu Berlin eine Arbeitsgruppe Quantenchemie am MPI für Festkörperphysik leitete. Der ehemalige MPG-Präsident Hubert Markl hielt fest, dass die von politischer Seite geforderten Schritte durch die MPG erfüllt worden seien. Allerdings hätten die spürbaren Umschichtungen zur Folge gehabt, dass die MPG in den alten Ländern um 16 Prozent kleiner geworden sei. Mit anderen Leitern außeruniversitärer Forschungseinrichtungen hatte er im Januar 1997 ein „Manifest gegen den Niedergang der Forschung“ veröffentlicht, in dem Wirtschaft und Staat vorgeworfen wurde, einem „Diktat der Fiskalpolitik“ zu gehorchen, anstatt sich für ein kontrykliches „Investment in Intelligenz und Einfallsreichtum“ zu entscheiden. Die Institutsschließungen im Westen taten allerdings das Ihre, die Forderung der MPG-Leitung nach einer flexibilisierten Haushaltsführung durchzusetzen. Den Sanierungsstau durch die Konzentration auf den Osten spürt die MPG bis heute.

Es gehört zu den Stärken der wissenschaftsgeschichtlichen Darstellung Ashs, dass er die Verhandlungen zwischen Politik und Wissenschaft am Beispiel der MPG nachzeichnet und damit tiefe Einblicke in das Wechselspiel der entscheidenden wissenschaftlichen Gremien und der MPG mit den politischen Vertretern gibt, die sich in unterschiedlicher Intensität etwa am Senat der MPG beteiligten. Einige Minister waren sogar Senatsmitglieder, dazu zählten Zehetmair (Bayern), Brunn (NRW), Meyer (Sachsen), Schuchardt (Thüringen) und der Berliner Wissenschaftssenator Ehrhardt.

Unmittelbar nach dem Mauerfall hatte in der DDR ein Machtkampf um die Hochschulen und um die Institute der Akademien der Wissenschaften begon-

nen, in den die MPG miteinbezogen war und auch gezielt instrumentalisiert werden sollte. Schon Jahrzehnte zuvor waren Mitglieder der MPG in die Akademie der Naturforscher Leopoldina gewählt worden, die von der DDR-Regierung zwar mit einem Etat von 200 Millionen Mark unterstützt worden sei, wegen ihres Sonderstatus im Wissenschaftssystem der DDR und ihrer internationalen Bedeutung aber Freiheit bei der Wahl ihrer Mitglieder und ihrer Leitung genoss. Der damalige MPG-Präsident Zacher war allerdings keineswegs bereit, die DDR-Akademien und ihre Institute zu übernehmen. Die Aufgabe der MPG bestehe darin, „Forschung durch Institute zu fördern. Sie darf diesen Auftrag nicht gefährden, indem sie Institute aufnimmt, die ihm nicht entsprechen“, sagte er und enttäuschte damit Übernahmehoffnungen der DDR-Seite und westliche Bestrebungen, DDR-Institutionen einfach zu übernehmen. Damit habe die MPG auch die Empfehlung des Wissenschaftsrats abgelehnt, die deutsch-deutsche Vereinigung als Gelegenheit zur kritischen Selbstreflexion des eigenen Wissenschafts- und Forschungssystems zu nutzen. Zacher war sich sicher, dass sich damit auch die westdeutsche Seite übernehmen werde, wenn sie „den Prozess der Einigung mit dem Prozess der Selbstkritik im Übermaß verbinden“ würde.

In einer Pressekonferenz, bei der er als neuer Präsident der MPG vorgestellt wurde, beschrieb Hans F. Zacher, der von 1990 bis 1996 als erster Geisteswissenschaftler an der Spitze stand, eine Frage nach der Situation der Geisteswissenschaften mit einer Formulierung, die ostdeutsche Wissenschaftler kränkte und fortan die Debatten begleitete: „Bei den Geisteswissenschaften gibt es natürlich Bereiche, an denen kein System etwas

verderben kann, so wie die klassische Philologie. Aber dahinter gibt es Wüsten“. Gemeint waren die aus seiner Sicht unbrauchbaren Rechts- und Sozialwissenschaften. Der Versuch anderer, aus dem Osten stammender MPG-Mitglieder, die Wüsten-Formulierung zu differenzieren, blieb erfolglos. Als kurz darauf auch noch der „Spiegel“ den Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski mit der Aussage zitierte, die DDR-Wissenschaft sei „im Mittelmaß Weltspitze“, war der Flurschaden da. Die Auffassung, dass die Forschungseinrichtungen und Hochschulen der DDR „überbesetzt“ seien, wurde aus der Sicht Ashs zum Politikum, aber nicht im Sinne einer politischen Säuberung wegen einer früheren Mitarbeiterschaft in der SED oder der Stasi, die bei den Instituten der Akademien der Wissenschaft im Unterschied zu den Hochschulen nicht vorgenommen wurde.

Ashs lesenswerte und erkenntnisreiche Darstellung ist der fünfte Band der Reihe „Studien zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft“, die im Zuge des Forschungsprogramms „Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft (1948–2002)“ am Berliner MPI für Wissenschaftsgeschichte entstanden ist. Ein Team von 14 Wissenschaftlern und weiteren Gastwissenschaftlern untersuchte von 2014 bis 2022 die Geschichte der MPG seit ihrer Gründung im Jahr 1948 aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. HEIKE SCHMOLL



Mitchell G. Ash: Die Max-Planck-Gesellschaft im Prozess der deutschen Vereinigung 1989–2002. Eine politische Wissenschaftsgeschichte. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2023. 394 S., 70,- €.